

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Bohndorf, Adlig, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Ruffschappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 90.

Hauptinstitutionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang.

Freitag, den 18 April

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Lichtenstein.

Süßstoff auf Brotkarte, 1 Päckchen 25 Pfg., Nr. 251—875 in der Apotheke, Nr. 876—1185 bei Liehmann.
Hafermehl, L.-M.-R. A, Abschn. S 1, 125 Gramm 20 Pfg.
Eier, Abschn. 16 der Eierkarte, Nr. 1123—12 5 bei Weiß.
Das **Fleisch** muß in dieser Woche noch einmal beim alten Kundenfleischer entnommen werden.

Schließung der Geschäftsräume des Rathauses Lichtenstein.

Am 19. April werden die städtischen Geschäftsräume einschließlich der Sparkasse um 1 Uhr mittags geschlossen.
Am 3. Feiertag ist das Rathaus geschlossen. Nur besonders dringende Geschäfte werden im Standesamt in der Zeit von vorm. 10—11 Uhr erledigt.

Stadtrat Lichtenstein, am 17. April 1919.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsstellen des Rathauses sind am **Sonnabend, den 19. April** nur bis mittags 1 Uhr geöffnet.
Am 3. Osterfeiertage ist das Rathaus geschlossen. Nur eilige Sachen werden vormittags 10—11 Uhr erledigt.
Callenberg, den 17. April 1919.
Der Bürgermeister.

Kartoffelverkauf

Sonnabend, d. 19. April, 10 Pfd. 1,20 Mk. geg. Wochenk. — Marke 14 —
Markenabstempelung und Bezahlung im Gemeindefaale: Nr. 1—400 vorm. 8—9 Uhr, Nr. 401—800 vorm. 9—10 Uhr, Nr. 801—1200 vorm. 10—11 Uhr, Nr. 1201—1600 vorm. 11—12 Uhr, Nr. 1601—Schluß mittags 12—1 Uhr. **Abholungszeiten** dagegen: Nr. 1—200 vorm. 8—9 Uhr,

Nr. 201—500 vorm. 9—10 Uhr, Nr. 501—800 vorm. 10—11 Uhr, Nr. 801—1200 vorm. 11—12 Uhr, Nr. 1201—1700 mittags 12—1 Uhr, Nr. 1701—Schluß nachm. 1—2 Uhr.

Fleischverkauf

Sonnabend, den 19. April bei Härtig, Schubert, Schramm und Michael
180 Gramm Schweinefleisch für Erwachsene,
90 " " für Kinder unter 6 Jahren.
Pfundpreis 2,90 M.
Gastwirte und Umlauber nur bei Schramm.
Der Ortsernährungsausschuß für Callenberg.

Nr. 308. XII.

Polizeistunde.

Gemäß Punkt 4 der Bekanntmachung des Ministeriums für Militärwesen über die Verhängung des Belagerungszustandes wird die **Polizeistunde** bis auf weiteres auf **10 Uhr abends** festgesetzt.
Glauchau, am 16. April 1919.
Die Amtshauptmannschaft.

Versteigerung von Heeresgütern.

Am **Mittwoch, den 23. April 1919, 9 Uhr vorm.** werden im **Kochlig** auf dem Reiplag am Schützenhaus eine Anzahl **Armeesättel** mit Zaumzeug, Packtaschen, Bodensättel, am **Mittwoch, den 23. April 1919 9 Uhr vorm.** und **Donnerstag, den 24. April 1919, 9 Uhr vorm.**
8 Feldküchen, 1 Krankentransportwagen, 3 Sanitätswagen, 23 kleine, 204 mittlere und 7 große Feldwagen
gegen Bezahlung versteigert.
Garnison-Kommando Kochlig.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Das Reichswirtschaftsamt hat sich, wie die „Reichszeitung“ erfährt, neuerdings damit beschäftigt, die wirtschaftlichen Folgen der Blockade zu ermitteln. Danach belaufen sich die angerichteten Blockadeschäden für Deutschland auf über 30 Milliarden Mark.
* Infolge des Ausstandes der Hafenarbeiter können die im Bremer Hafen liegenden amerikanischen Lebensmittelampfer nicht gelöscht werden.
* Churchill äußerte in einer Rede, daß der Frieden mit Deutschland noch keine Freundschaft mit diesem Lande bedeute.
* Wieder die Arbeitgeber noch die Zentralstreikleitung der Angestellten in Berlin haben bis gestern abend einer Ueberbrückung darüber gewonnen können, welche Ausdehnung der Streik gewonnen hat. Sicher ist nur, daß vom Generallstreik, der ursprünglich geplant war, vorerst nichts zu erwarten ist.
* Im Laufe des gestrigen Tages haben die ersten Truppentransporte der Armee Haller in Stärke von 8000 Mann den Frankfurter Südbahnhof nach Posen passiert. Weitere Transporte werden in den nächsten Tagen erwartet.
* Der Generallstreik in Braunschweig ist beendet. Die Führer der Braunschweiger Bewegung hat beschloffen, mit General Maerker in Magdeburg zu unterhandeln.
* 400 bei Rettig zu einer Konferenz über den Streik zusammengetrete Ruhrbergleute wurden von Regierungstruppen umstellt und festgenommen.
* Gestern ist über das Vermögen der Bochumer Bergwerks-Aktiengesellschaft, welcher die Besa „Präsident“ gehört, das Konkursverfahren eröffnet worden. Die Gesellschaft ist infolge der dauernden Streiks und der immer größer werdenden Forderungen der Bergarbeiter zu so großen Verlusten gekommen, daß der Konkurs nicht abzuwenden war.
* Im Anschluß an eine Versammlung der Arbeitslosen kam es gestern in Hamburg zu schweren Ausschreitungen.
* Wie die Politische Information hört, dürfte es sich bei den bevorstehenden deutsch-österreichischen Beratungen u. a. darum handeln, wie sich die Stellung Wiens als zweite Reichshauptstadt gestalten soll.

Des deutschen Volkes Schicksalstag.

Dem beabsichtigten Raub des Saargebietes durch den Verband stellt die deutsche Presse einen energischen Protest entgegen. Der „Vorwärts“ überschreibt die Meldung von den feindlichen Ansprüchen mit dem einzigen Worte: Nein! Der Verband könne diese Friedensbedingungen durchführen, wenn er es kann, aber keine deutsche Regierung sei in der Lage, zu erklären, daß das ein Rechtsfrieden sei. In der „Voss. Ztg.“ wird der dort oft vertretene Gedanke weiter verteidigt, daß noch vor Erreichung eines mit Frankreich gesprochen werden müsse. Keine Erklärung könne im Sinne bleiben, die diesen Frieden nicht zeichne; aber wenn sie ihn nicht unterzeichne, werde man von ihr Rechenschaft fordern, weil sie durch dauernde Verkennung der politischen Notwendigkeiten einen Frieden zuschanden mache, der vielleicht zu erreichen gewesen wäre, wenn nicht unter ständigem Hinblick auf England die Klust zwischen Frankreich und Deutschland übermäßig und unnötig vertieft worden wäre. Auch Fritz Neuhoff lehnt im „B. L.“ einen Gewaltfrieden im Interesse aller Völker unbedingt ab. Den Krieg gegen uns könne niemand wieder aufnehmen, und man könne uns auch nicht aushungern, ohne daß der kommunistische Terrorismus die gesamte Menschheit geradezu in den Arzstand zurückversetze. Man dürfe uns nicht das Selbstbestimmungsrecht nicht ein Selbstverleumdungsrecht anbieten. Der Weltfrieden könne nur mit Gewalt aufrechterhalten werden, aber er würde nicht zur Abrüstung führen, sondern voraussichtlich das Gespenst eines neuen Weltkrieges heraufbeschwören. Nach den neuen amerikanischen und französischen Meldungen soll aus dem Saargebiet ein autonomes Land werden, das schließlich wie die deutschen Kolonien oder Armenien vom Völkerbund auf dem Wege der Mandatsverwaltung Frankreich übergeben wird. Man ist in Holland der Ansicht, daß Wilson mit einer solchen Vereinbarung das Selbstbestimmungsrecht der Saarbevölkerung nicht wahren kann. An dem abgeänderten Völkerbundentwurf wird von neutraler Seite besonders beachtet, daß die Vertragstheorien sich gegenseitig ihre politische Unabhängigkeit und ihr Gebiet verbürgen. Es wird darin eine verstärkte

Tendenz erblickt, den Völkerbund zur Sicherung der Friedensergebnisse und besonders der Stellung Frankreichs zu benutzen. In Amerika würde der neue Entwurf von den Republikanern im großen und ganzen gebilligt, dagegen machten sich in Südamerika Stimmungen dagegen geltend, daß die Monroe Doktrin in den Völkerbund aufgenommen werde, da man dort befürchtet, dann unter die Abhängigkeit der Vereinigten Staaten zu gelangen. Wilson würde nach englischen Pressekommentaren vielleicht in eine schwierige Lage kommen, wenn die eigentlichen Friedensverhandlungen erst in der dritten Woche beginnen und er die Absicht hat, vorher nach Amerika zu kommen; denn Anfang Juni muß er bei den amerikanischen Finanzberatungen wieder in Amerika sein.
Die Erregung in Paris hat infolge der Auseinandersetzung zwischen der französischen Regierung und den Kammerparlamenten so stark zugenommen, daß bereits von einer Kabinettskrise gesprochen wird und ein großer Teil der Presse sich in Angriffen auf das Ministerium ergeht.
Italien und Japan werden voraussichtlich jetzt nach der Entscheidung des Viererrates in der Entschädigungs- und Saarfrage ihre eigenen Sonderwünsche mit verstärktem Nachdruck vertreten. Bei Japan dreht es sich vor allem um die Einwandernungsfrage, in Amerika und bei Italien um die Finanzangelegenheit.
Rotterdam, 16. April. In der geplanten Verwaltungsform des Saargebietes wird noch gemeldet, daß die Verwaltung des Kohlenreviers einem Ausschuss von 5 Mitgliedern übertragen werden soll, wozu ein französischer und drei vom Aktionsausschuß des Völkerbundes zu ernennende Herren gehören werden. Das fünfte Mitglied soll von der deutschen Bevölkerung gewählt werden, welche dadurch ein völler Selbstbestimmungsrecht erhalten würde. Die Bergwerke sollen Frankreich zufallen, aber wenn die Volksabstimmung nach 15 Jahren zur Folge hat, daß das Saarland wieder Deutschland zugehört, werden die Deutschen verpflichtet sein, die Bergwerke von Frankreich zurückzukaufen. Als einziges Argument für die Beschlagnahme des Kohlenbedarfs durch Frankreich habe der Korrespondent nur gehört, daß die Franzosen die Kohlen wünschen.